

# **Altona für alle – sozial und solidarisch**

Programm für die Altonaer Bezirksversammlungswahl 2008

## **Für einen Politikwechsel in Altona**

Altona zeichnet sich wie kaum ein anderer Bezirk durch Vielfalt und Lebendigkeit aus. Bis April 1937 selbständige holsteinische Großstadt hat sich Altona zu allen Zeiten als „offene Stadt“ verstanden, wie es das Wappen mit dem geöffneten Tor symbolisiert. Altona wurde aufgrund seiner elbnahen Lage, seiner vielen Grünanlagen und Parks sowie seiner städtebaulichen Vielfalt zudem oft als »Hamburgs schöne Schwester« bezeichnet.

Dieser offene und freundliche Charakter Altonas hat stets Menschen verschiedenster Kulturen und Sprachen angezogen, die sich immer wieder aufs Neue mit den Alteingesessenen zusammenfanden und ein buntes und lebendiges Altona bildeten. Entsprechend dieser Tradition leben in Altona heute Menschen aus vielen Ländern und Kulturen. Von den 244.000 Altonaer BürgerInnen haben 37.400 keinen deutschen Pass, das sind 15,3% der Altonaer Bevölkerung (Hamburg 15,0 %). Hinzu kommen ca. zwölf Prozent eingebürgerte MigrantInnen. Mithin haben mehr als ein Viertel der BewohnerInnen Altonas einen Migrationshintergrund.

Zu den positiven Traditionen Altonas gehört auch eine in den 1920er Jahren betriebene vorausschauende und soziale Stadtentwicklungspolitik. Der Bau von Wohnungen und Freizeiteinrichtungen (z.B. Parks) wurden damals ebenso selbstverständlich als öffentliche Aufgabe verstanden wie die Versorgung der Unternehmen und Menschen des Bezirks mit wichtigen Dienstleistungen durch kommunale Unternehmen (Gas, Strom, Verkehr). Davon profitierten auch die unteren sozialen Schichten.

Als diese Errungenschaften dann durch die Weltwirtschaftskrise und den drohenden Faschismus in Frage gestellt wurden, gab es im „roten Altona“ zunächst entschiedenen Widerstand gegen die braune Gefahr („Altonaer Blutsonntag“ vom 17. Juli 1932). Soziales Elend und Nazi-Terror brachen schließlich auch in Altona den Widerstandswillen. Während der NS-Herrschaft verlor Altona durch das Groß-Hamburg-Gesetz 1937 seinen Status als selbständige Kommune und wurde 1938 nach Hamburg eingemeindet.

An diese Geschichte und Traditionen Altonas müssen wir heute erinnern. Denn Altona droht zu einem Event- und Wohnbezirk vor allem für Besserverdienende zu werden, in dem insbesondere für RentnerInnen, Arbeitslose und MigrantInnen entweder gar kein Platz mehr ist oder nur ein Leben in einem tristen „sozialen Brennpunkt“.

Altona gehört zu den Hamburger Bezirken, die die stärkste soziale Polarisierung ausweisen. Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit und verfestigter Armut (z.B. Altona-Nord, Altona-Altstadt oder Lurup mit dem Osdorfer Born und dem Flüsseviertel) stehen die Stadtteile der Besserverdienenden und Vermögenden (die „Elbvororte“, also z.B. Blankenese oder Nienstedten) gegenüber, in denen nur wenige BürgerInnen von sozialer Ausgrenzung und Not betroffen sind. Diese Kluft hat sich in den letzten Jahren deutlich vergrößert.

Für diese Entwicklung ist der herrschende CDU-Senat maßgeblich verantwortlich, der unsinnige Großprojekte fördert und gleichzeitig Sozialabbau und Privatisierung massiv vorantreibt. Von der Schließung von Schwimmbädern, Schulen oder Bücherhallen sind genau die Stadtteile besonders betroffen, deren Problemlagen eigentlich einen massiven Ausbau ihrer sozialen Infrastruktur erfordert hätte. Auch die Privatisierung und damit Schließung öffentlicher Räume und Flächen (z.B. Volkspark) trifft besonders die sozial Benachteiligten, denen ihre Naherholungsgebiete enteignet werden. Das Projekt „lebenswerte Stadt“ mit dem der Senat aktuell versucht, die Armutsdebatte in dieser Stadt einzudämmen, und in das auch Altona-Altstadt einbezogen ist, ist nicht mehr als der

berühmte Tropfen auf der heißen Stein. An der Grundausrichtung der neoliberalen Politik des Senats ändert sich dadurch nichts.

Auf Bezirksebene haben wir die spezielle Konstellation einer Koalition aus CDU und GAL. Sie hat insbesondere die Interessen der Gutsituierten im Bezirk bedient und den undemokratischen Machenschaften des Senats (Ignoranz gegenüber dem Bürgerentscheid über das Bismarckbad und die Pläne für den Volkspark) nichts entgegengesetzt. Das Gerangel um die Besetzung des Bezirksamtsleiters hat zudem das merkwürdige Politikverständnis dieser Koalition deutlich gemacht.

Demgegenüber treten wir für einen radikalen Politikwechsel in Hamburg und Altona ein. Wir setzen gegen die Politik der Ausgrenzung, der Verarmung und der sozialen Spaltung durch den Senat und die Bürgerschafts- bzw. Bezirksversammlungsparteien eine unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten gestaltete Politik. Wir wollen ein „Altona für Alle“.

Wir treten ein:

- für ein soziales, solidarisches und ökologisches Altona, das Arbeit für Alle ermöglicht und Wohnen, Gesundheit, Bildung, umweltfreundliche Mobilität, Kultur- und Freizeit für alle ermöglicht;
- für ein demokratisches Altona, in dem seine BürgerInnen auch außerhalb von Wahlen an grundsätzlichen Entscheidungen verbindlich teilhaben;
- für ein interkulturelles Altona, das MigrantInnen und Flüchtlingen eine Heimat bietet;
- für ein gleichberechtigtes Altona, das von der Kita bis zu den Hochschulen, in Betrieben und Behörden der Benachteiligung von Frauen entgegenwirkt und die überholten Geschlechterrollen des patriarchalen Männer-Frauenbildes aufhebt.
- für ein Altona, das im Gegensatz zum neoliberalen Konzept der „wachsenden Stadt“, die benachteiligten Stadteile besonders fördert. Wir wollen überall in Altona lebenswerte Quartiere. Dazu gehört ein sozialer Wohnungsbau, der niedrige Mieten ermöglicht.

Dabei ist uns sehr wohl bewusst, dass über viele unserer Forderungen und Vorstellungen nicht in der Bezirksversammlung entschieden wird. Wir können dort aber unsere Anliegen thematisieren, diskutieren und so die anderen Parteien zu einer Auseinandersetzung zwingen. Unsere Bezirksversammlungsfraktion wird in diesem Sinne eng mit unserer Bürgerschaftsfraktion zusammenarbeiten, weil viele Entscheidungen, die den Bezirk treffen, in der Bürgerschaft getroffen werden.

## 1. Armut bekämpfen

Wachsende Armut und Arbeitslosigkeit und eine scharfe soziale Polarisierung sind zum Markenzeichen der „wachsenden Stadt“ geworden. Trotz konjunkturellem Aufschwung ist die Zahl der Menschen, die von verfestigter Armut betroffen sind, nicht zurückgegangen. Diese trifft auch für die Entwicklung in Altona zu. Wer im Bezirk Altona durch Nienstedten, Blankenese oder Rissen spaziert, wird dort nicht eben an Armut und Not erinnert. Sie sind woanders zu Hause: in Altona-Altstadt, in Altona-Nord, im Osdorfer Born oder im Luruper Flüsseviertel.

Im Juli 2007 waren im Bezirk 10.161 Menschen ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote lag mit 8,5% leicht unter dem Hamburger Durchschnitt. Allerdings stellt sich die Situation in den Stadtteilen ganz unterschiedlich dar. Die Arbeitslosigkeit war (Stand: Dezember 2006) besonders hoch in Altona Altstadt (11,1 % der 15- bis unter 65-Jährigen), in Altona-Nord (9,6%) in Lurup (8,4%), Osdorf (8,2%) und Bahrenfeld (7,9%), während sich Nienstedten (1,6%), Groß Flottbek (1,8%), Ohtmarschen (1,9%) und Blankenese (2,3%) eindeutig auf der „Sonnenseite“ des Bezirks bewegten.

Die Zahl der BürgerInnen in Altona, die arm sind, ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Im Bezirk sind (Stand: Juni 2006; die Situation hat sich seitdem nicht verändert) 26.700 Menschen auf Hartz IV-Leistungen angewiesen. Nimmt man noch die EmpfängerInnen von Sozialhilfe und Grundsicherung (vor allem Menschen, die wegen miserabler Renten zusätzliche Leistungen in An-

spruch nehmen müssen) hinzu, müssen ca. 30.000 AltonaerInnen öffentliche Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen. Besonders bedrückend dabei ist die Kinderarmut. Etwa 8.500 oder 25% der 34.000 Kinder in Altona leben in Haushalten, die ihrem Nachwuchs kaum das notwendigste bieten können. Bei vielen reicht das Geld nicht, um das Mittagessen in der Kita bezahlen zu können.

Auch viele ältere MitbürgerInnen sind ebenfalls von einem Leben am Existenzminimum betroffen. Der faktische „Rentenklau“ der letzten Jahre (höhere Versicherungsbeiträge, Nullrunden bei der jährlichen Anpassung, Rente mit 67 etc.) führt zu einem deutlichen Anstieg der Altersarmut. Schon heute sind ca. 2.000 von 45.000 AltonaerInnen, die älter als 64 Jahre sind, auf Grundsicherungsleistungen angewiesen, um ein bescheidenes Leben führen zu können. Tendenz steigend. Tendenz steigend.

Betroffen und bedroht sind schließlich viele Menschen mit Behinderung. In Altona sind davon ca. 35.000 Menschen betroffen, das ist jede/r siebte AltonaerIn. Ca. 1.400 von ihnen erhalten eine viel zu niedrig bemessene Eingliederungshilfe.

Und Arbeitslose und Arme sehen sich in Hamburg wie im Bezirk Altona einer besonders repressiven Verwaltungspraxis ausgesetzt. Die Wohnkostenzuschüsse für Hartz IV-EmpfängerInnen sind hier besonders niedrig und die Zahl der Zwangsumzüge entsprechend groß. 2006 wurden ca. 1.000 Hartz IV EmpfängerInnen in Altona aufgefordert, die Wohnung zu wechseln. Viele Menschen mit niedrigem Einkommen sind zudem von Räumungsklagen bedroht. So gab es in Altona 2006 539 Klagen auf Zwangsäumung.

Arbeitslosigkeit und Armut konzentrieren sich in bestimmten Stadtteilen des Bezirks. In den Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit finden wir auch die meisten ALG II EmpfängerInnen. Die größten Anteile von Hartz IV EmpfängerInnen finden wir in Altona-Nord (17,5 %), in Lurup (16,8%), in Altona-Altstadt (16,0%), in Osdorf (14,6%) in Bahrenfeld (10,6%) und in Ottensen (10,0%). Dagegen kennen Nienstedten (0,8%), Groß Flottbek (1,4%), Ottmarschen (1,2%) und Blankenese (1,7%) so gut wie keine verfestigte Armut. Die Stadtteile mit sozialen Brennpunkten haben zudem einen überdurchschnittlich hohen Anteil von MigrantInnen. (Altona-Nord: 25,9%; Altona Altsadt: 23,9%, Bahrenfeld: 17,1%; Ottensen: 16,8%). Hier ist oft auch die Wohnungssituation besonders prekär und droht sich weiter zu verschlechtern, weil der Anteil der Wohnungen mit Sozialbindung seit Jahren rückläufig ist und noch weiter abnimmt. Gab es im Jahr 2002 in Hamburg noch 152.000 Wohnungen mit Sozialbindung, wird es 2008 voraussichtlich nur noch 110.000 geben. Es gibt immer weniger Wohnungen im sozialen Wohnungsbau – dies auch und vor allem, weil kaum noch neue öffentlich geförderte Mietwohnungen entstehen. (2006: ganze 500) Dies hat auch zur Folge, dass von den 15.800 Menschen mit Wohnberechtigungsschein nur 4.800, als ein Drittel, tatsächlich eine Wohnung zugewiesen bekommen haben. Im Jahr 2005 gab es im Bezirk Altona rund 19.000 Sozialwohnungen, von denen 50 Prozent bis 2010 einen Sozialbindungsauslauf erfahren werden. Die Mieten werden dann steigen. Zwei Drittel dieser Wohnungen liegen in den Armutsstadtteilen.

Die Stadtteile mit hohem Anteil von sozialen Problemlagen sind zudem besonders betroffen vom Sparkurs des Hamburger Senats. Einsparungen im Schulbereich, Schließungen von Bücherhallen und Schwimmhallen oder die Kommerzialisierung des Volksparks trifft vor allem die, die darauf angewiesen sind. Die sozialen Netzwerke, die für eine Unterstützung der von verfestigter Armut oder sozialem Abstieg Betroffenen notwendig sind, wurden massiv ausgedünnt. Dies betrifft z.B. die Angebote der Familien- und Jugendhilfe oder der Schuldner- und Rechtsberatungsstellen. Die Serviceleistungen der Arge sind in diesen Stadtteilen besonders miserabel.

Mit der Armut geht die soziale Ausgrenzung einher. Wer arm ist, ist weniger gut gebildet, ist materiell unterversorgt in Bezug auf Wohnraum, Wohnausstattung sowie Kleidung und bezogen auf die Freizeitgestaltung. Wer arm ist, ist öfter krank. Und in diesem Zusammenhang berichteten Ärzte zuletzt häufig von einer steigenden Zahl von Erwerbslosen und RentnerInnen, die die Praxisgebühr nicht entrichten können und deshalb von einer ärztlichen Behandlung absehen.

Ein wesentlicher Gesundheitsfaktor ist die gute, ausgewogene Ernährung. Doch hier gibt es gravierende Fehlentwicklungen, insbesondere bei Kindern und ihren Familien mit geringem Einkommen. Viele SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen und ehrenamtliche HelferInnen aus Sozialzentren, Kinder- und Jugendeinrichtungen und von Hilfsorganisationen berichten seit Jahren von einer steigenden Zahl von Menschen in Armut, die stets Hunger haben und dorthin zum Essen kommen. Viele Einrichtungen bieten regelmäßig Frühstück und Mittagstische an oder verteilen gespendete Lebensmittel und können doch nicht die Nachfrage befriedigen.

Wer arm ist, kann auch die Bedürfnisse nach einer Teilhabe an Politik und Bildung, an Kultur- und Sportveranstaltungen nicht befriedigen. In Armutsstadtteilen weisen die Schulen eine schlechtere Ausstattung mit Lehrpersonal, Finanzmitteln und Förderangeboten auf als in Stadtteilen mit einer stabilen Sozialstruktur. Das Bildungsniveau ist entsprechend niedriger. Die Zahl derjenigen, die keinen Schulabschluss erlangen oder vorzeitig den Schulbesuch abbrechen, steigt seit Jahren an. Diesen Jugendlichen bleibt eine qualifizierte Berufsausbildung in der Regel verwehrt und somit auch ihr Weg in die Beschäftigung. Der CDU-Senat hat diese Entwicklung noch verstärkt, indem er ausgerechnet in der außerbetrieblichen Ausbildung Mittel kürzte und strich. Davon waren auch Altonaer Träger dieses Ausbildungswegs betroffen.

Armut und die ständige Sorge um die Zukunft belasten die Familien im hohen Maße und machen sie buchstäblich krank. Verschuldung, Arbeitslosigkeit, Sucht, sich auflösende Beziehungen, Verwahrlosung von Kindern, Gewalt, ein geringer Bildungsstand, Kriminalität und psychische Erkrankungen sind häufige Begleiter in Armutsfamilien. „Hamburg schützt seine Kinder“ heißt das vollmundig verkündete Programm des Senats und ist eigentlich nur ein Schuss in den Ofen. Es dient vor allem dazu, den Arbeits- und Handlungsdruck auf die Jugendhilfeeinrichtungen zu erhöhen, ohne selbst ein stimmiges Konzept zur Bekämpfung von Armut und zur Unterstützung der davon betroffenen Familien vorzuweisen und entsprechend das Hilfesystem personell und finanziell besser auszustatten.

Die Sozialpädagogische Familienhilfe und der Allgemeine Soziale Dienst des Jugendamt sind mit der Vielzahl der Fälle überlastet. Sie sind unterbesetzt und bräuchten dringend mehr Fachpersonal. Der Etat für die ambulante und stationäre Erziehungshilfe ist zu gering. Seit Jahren kämpfen Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit für den Erhalt höherer öffentlicher Zuwendungen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Erziehung und Bildung der Kinder und trotzdem werden gerade in diesem Bereich Mittel gekürzt.

Seit 2003 gilt das Kita-Gutschein-System. Es räumt Eltern einen rechtsverbindlichen Anspruch auf fünf Betreuungsstunden einschließlich des Mittagessens für ihre Kinder ein. 2005 hatten 86 % aller Kinder in den sozial belasteten Stadtteilen einen solchen Platz, doch der Anteil der ganztags betreuten Kinder ging in diesen Stadtteilen auf 54 % zurück. Das ist nicht allein auf die Einführung von Schulen mit Ganztagsbetreuung zurückzuführen, die ohnehin in der Regel um 15:30 Uhr endet und auch nicht flächendeckend zur Verfügung steht. In den Stadtteilen mit sozialen Problemlagen ist schließlich die Krippenplatzversorgung um 20 % geringer als anderswo.

Das Kita-Gutschein-System steht für soziale Unausgewogenheit und Benachteiligung, denn Eltern ohne Erwerbstätigkeit können ihre Kinder nicht ohne weiteres in die Ganztagsbetreuung einer Kindertagesstätte geben. Dies wird nur zum Schutz und Wohl der Kinder bewilligt, für die ein dringender sozial und pädagogisch bedingter Betreuungsbedarf nachgewiesen wird. Dies muss beantragt und begründet werden. Viele Eltern mit massiven sozialen Problemen sind aus unterschiedlichen Gründen nicht dazu in der Lage. Nicht wenige sind Analphabeten, weisen sprachliche Defizite auf und können ihren Willen nicht ausdrücken. Das trifft auf Familien mit Migrationshintergrund ebenso zu wie im zunehmenden Maße auf Familien deutscher Herkunft, die schon lange in Armutsverhältnissen leben. Sie sind auf die Hilfe und die Vermittlung von Sozialeinrichtungen angewiesen. Gerade Kinder aus Armutsfamilien benötigen dringend eine Ganztagsbetreuung, um ihre motorischen und intellektuellen Fähigkeiten, ihre Sprachkompetenzen und ihr Sozialverhalten auszubilden. Es geht darum, ihnen bessere Bildungsvoraussetzungen und eine bessere Lebensperspektive zu

verschaffen. Viele ihrer Eltern bringen aufgrund ihrer Lebensumstände nicht die Kraft und die Zeit auf, ihre Kinder so zu fördern, wie sie es brauchen. Nicht selten haben sie solche Kompetenzen selbst nicht erworben.

Viele allein Erziehende können häufig Vollzeitarbeitsangebote nicht annehmen, weil es für Ihre Kinder nicht genügend Ganztagsplätze gibt. Auch das trägt zur Verfestigung von Armut bei.

Mit der „Flexibilisierung“ der Arbeitszeiten wurden insbesondere viele erwerbstätige allein Erziehende gezwungen, dem Betrieb zu unterschiedlichen Zeiten auf Abruf und zulasten der Kinder zur Verfügung zu stehen. Oder sie haben zwei Jobs, um über die Runden zu kommen. Für diese Eltern fehlen kostengünstige Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder zu Randzeiten, also zu Zeiten, die nicht mehr von Schulen und Kindertageseinrichtungen angeboten werden.

DIE LINKE.Altona wird alles in ihrer Macht Stehende tun, damit die Menschen mit geringem Einkommen ein menschenwürdiges Leben führen können und sie wieder eine Zukunftsperspektive gewinnen.

Dafür setzen wir uns ein:

- keine Zwangsumzüge für Hartz IV-EmpfängerInnen im Bezirk Altona und anderswo;
- preiswerte Mieten, einen verstärkten sozialen Wohnungsbau und eine verlängerte Mietpreisbindung für Sozialwohnungen;
- ein Sozialticket für Bedürftige, das die freie und kostenlose Nutzung öffentlicher Einrichtungen, Dienstleistungen und Verkehrsmittel beinhaltet;
- Erhöhung des Eckregelsatzes für Arbeitslosengeld II, Grundsicherungs- und SozialhilfeempfängerInnen von derzeit 347 Euro auf 500 Euro. Das schließt auch unser Eintreten für die Erhöhung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre auf 300 bzw. 400 Euro ein.
- eine Heraufsetzung der Mietkostenobergrenze zum Erhalt des Wohngelds um 100 Euro;
- Ausbau der sozialen Beratungseinrichtungen, insbesondere der Schuldner- und Rechtsberatungsstellen;
- Wiedererrichtung von Frauenberatungsstellen. In diesem Bereich wurden in der Vergangenheit viele Fördermittel gestrichen.
- verstärkte Förderung und den Ausbau der Familien- und Jugendhilfe in den sozial benachteiligten Stadtteilen. Dort sollen in Zusammenarbeit mit StadtteilbewohnerInnen sowie vor Ort tätigen Einrichtungen und Organisationen zusätzlich Einrichtungen und Dienstleistungszentren geplant und aufgebaut werden, die den Bedürfnissen und dem sozialen Bedarf in den Viertel entsprechen. Darüber hinaus muss mehr Personal eingestellt, eine bessere Finanzausstattung vorgenommen und eine verbesserte Qualifizierungs- und Fortbildungsangebotsstruktur geschaffen werden. Insbesondere Fachkräfte, die in der Familienhilfe tätig sind oder mit sozial besonders schwierigen Gruppen arbeiten, benötigen Supervisionen.
- 10 Stellen zusätzlich für den allgemeinen sozialen Dienst des Jugendamts.
- Ausweitung der Öffnungszeiten und der Angebote in den Jugendeinrichtungen, insbesondere in den sozial belasteten Stadtteilen und am Wochenende. Neben Freizeitangeboten sollten auch stärker als bisher internationale Jugendbegegnungen und Förderangebote im Rahmen der Erweiterung der Sprachkompetenzen, der Berufsfindung und Berufsvorbereitung in das Einrichtungsgeschehen integriert werden. Dies setzt mehr finanzielle Mittel für zusätzliche Personaleinstellungen in den Einrichtungen durch die Stadt voraus.
- Ausbau der außerbetrieblichen Ausbildung von Jugendlichen ohne Schulabschluss;
- Beseitigung des ungerechten Kita-Gutschein-Systems;

- kostenloser Zugang von Kindern und Jugendlichen aus armen Familien zu öffentlich geförderten Sportvereinen und Schwimmbädern;
- bessere Versorgung der Wohnungslosen mit Unterkünften, Medizin und warmen Mahlzeiten. Dieses Vorhaben bedarf einer guten Zusammenarbeit in einem Netzwerk und einer entsprechenden Koordination der Tätigkeiten und Angebote aller Hilfeleistenden.
- Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von preisgünstigen und qualitativ hochwertigen Heimstellen für Senioren und Pflegebedürftige, die dies wünschen Für alle, die lieber in anderen sozialen Beziehungen weiterleben wollen, ist eine entsprechende ambulante Versorgung und ggf. Pflege in ihrem bisherigen Wohnumfeld sicherzustellen.

## **2. Quartiersnahe ökologisch-soziale Arbeitsplätze in Altona schaffen**

Im August 2007 waren 10.161 Menschen in Altona arbeitslos. Besonders betroffen von Arbeitslosigkeit sind Langzeitarbeitslose (4.016), die 40% aller Arbeitslosen ausmachen, und MigrantInnen, die mit 18,6% die höchste Arbeitslosenquote ausweisen. Die daraus resultierenden sozialen Notlagen verteilen sich – wie wir gesehen haben – ganz ungleich auf die einzelnen Stadtteile.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ein neuer Ansatz in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik erforderlich,

- der durch einen gesetzlichen Mindestlohn Armut trotz Arbeit verhindert;
- der durch Arbeitszeitverkürzung Arbeit umverteilt;
- der vorwiegend in den sozialen und kulturellen Bereichen sowie in der Stadtteilökonomie einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aufbaut;
- der gezielt den Aufbau von Beschäftigung in den von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Quartieren fördert.

Ziel ist die Integration aller erwerbsfähigen Menschen in reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit auskömmlichem Einkommen entsprechend ihrer Fähigkeiten und Möglichkeiten sowie die Angleichung der Lebensbedingungen in den einzelnen Quartieren. Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (Ein-Euro-Jobs) sind keine Lösung, da sie nur eine Durchgangsstation in den Niedriglohnssektor darstellen und eine umfassende Entwertung von Arbeit und Arbeitenden befördern.

DIE LINKE Altona fordert deshalb

- die Abschaffung der Ein-Euro-Jobs. Die bisher im Bezirk als Ein-Euro-Jobs organisierten Tätigkeiten (z. B. als „Strandläufer“ den Elbstrand sauber halten oder als Mitarbeiter des "Stütz-Punkt – Alltagshilfe Altona“ Haushaltshilfe oder Botengänge leisten) sind, soweit gesellschaftlich notwendig und sinnvoll, in sozialversicherungspflichtige und tariflich entlohnte und gestaltete Arbeitsverhältnisse umzuwandeln. Den Betroffenen müssen darüber hinaus weitere Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden. Dafür sind die bisher für „Arbeitsgelegenheiten“ eingesetzten Gelder einzusetzen und die Mittel für Arbeitsmarktpolitik aufzustocken.
- die gezielte Förderung von quartiersnahen sozialversicherungspflichtigen Vollzeit Arbeitsplätzen, die ökologisch und sozial verantwortlich betrieben werden und nicht an Rüstungsproduktion beteiligt sind. Von besonderem Interesse sind dabei Arbeitsplätze im Bereich der neuen Energien;
- die Unterstützung genossenschaftliche Betriebe und anderer Formen gemeinschaftlichen Eigentums;
- die Koppelung der Förderung von Unternehmen an die Sicherstellung eines barrierefreien Zugangs von behinderten Menschen zu Arbeitsplätzen und Dienstleistungen. Entsprechende Umbaumaßnahmen müssen gegebenenfalls zusätzlich finanziell unterstützt werden. Außerdem soll-

ten nur Betriebe gefördert werden, die mindestens 5% ihrer Arbeitsplätze mit als schwerbehindert anerkannten Menschen besetzen.

### 3. Soziale Stadtteilentwicklung fördern

Zu einer sozial und solidarisch orientierten Bezirkspolitik zählt die Förderung benachteiligter Stadtteile. Die Konzentration des Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur auf die Wohnorte der gut verdienenden und fiskalpolitisch interessanten Besserverdienenden muss beendet werden. Wir wollen eine allmähliche, aber stetige Angleichung der Lebensverhältnisse, in dem wir den Ausbau der lokalen Ökonomie und der öffentlichen und öffentlich geförderten Beschäftigung verfolgen.

Eine soziale und solidarische Bezirkspolitik muss deshalb einem umfassenden Ansatz folgen und darf sich nicht auf ein nachsorgendes „Sozialmanagement“ beschränken. Es geht um eine Verbesserung der Wohnsituation, den Aufbau von Beschäftigung, eine auf Chancengleichheit ausgerichtete Neuorganisation des Bildungsbereich sowie qualitativ hochwertige Gesundheits- und Kulturangebote. Dabei ist auf eine barrierefreie Gestaltung öffentlicher Räume, Wohnungen, des Nahverkehrs und geförderte Betriebe zu achten.

Das vom CDU – Senat aufgelegte Programm „lebenswerte Stadt“, in das auch Altona-Altstadt einbezogen ist, wird diesen Anforderungen in keiner Weise gerecht. Zwar begrüßen wir den schon lange notwendigen Schritt zur Senkung der Klassengrößen, für den 90% der eh nur sehr bescheidenen Mittel (über vier Jahre 25 Mio. jährlich verteilt auf sechs ausgewählte Stadtteile) ausgegeben werden. Für die eigentliche Stadtteilentwicklung bleiben den betroffenen Quartieren ganze 400.000 Euro pro Jahr, was hinten und vorne nicht reicht. Hier müssen deutlich mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Deshalb fordern wir

- die bessere finanzielle Ausstattung und zeitliche Verlängerung (z.B. Osdorfer Born, Altona-Altstadt) der bisherigen Programme zur Förderung der Entwicklung von Stadtteilen („soziale Stadt“, „lebenswerte Stadt“, „aktive Stadtteilentwicklung“ etc.). Sie müssen auch in ihren Aufgaben und Zielsetzungen deutlich erweitert werden.
- die Ausweitung von Programmen zur sozialen Stadtteilentwicklung auf bisher noch nicht oder wieder aus der Förderung heraus gefallene Stadtteile wie Lurup, Altona-Nord und Iserbrook.
- Die Errichtung und den Ausbau von Stadtteilzentren, die von allen Menschen im Stadtteil kostenlos und in Selbstverwaltung genutzt und geführt werden. Das Ziel ist die Förderung von Stadtteilkultur und –kommunikation. Jedes Zentrum soll eine Regelfinanzierung erfahren, die die Betriebskosten und die Miete trägt sowie Anschaffungen ermöglicht.

Wir wollen erreichen, dass durch eine neue Stadtentwicklung und Stadtplanung Wohnen, Arbeit und Freizeit lokal miteinander verbunden werden, so dass die Lebensbereiche der Altonaer BürgerInnen nah beieinander liegen. Deswegen müssen Strukturen verteilter und kleinbetrieblicher, lokal ansässiger Betriebe sowie von wohnortnahen Filialen großer Unternehmen, insbesondere im Einzelhandel, erhalten bleiben, bzw. geschaffen werden. Hierzu zählt auch die Unterstützung von Genossenschaften im Handwerk, Kultur-, Sozial- und Bildungsbereich sowie in bevölkerungsnahen Dienstleistungen. Zeitaufwändige und ökologisch nachteilige Transport- und Kommunikationswege werden vermieden, bzw. verkürzt.

Es reicht nicht aus Stadtteile oder Teile davon zu „Sanierungsgebieten“ zu erklären. Vielmehr muss verhindert werden, dass durch die folgende Aufwertung des Viertels vor allem die Mitpreise steigen und dadurch ärmere, alteingesessene BewohnerInnen verdrängt werden wie in Ottensen geschehen: „Das Beispiel Ottensen zeigt (...) was den anderen Vierteln jetzt droht. Es wird nur noch Luxus gebaut, vermietet und verkauft. Vor einigen Jahren war es hier jung und bunt. Heute ist es eine Oase der Besserverdienenden mit deutschem Pass.“ (Brigitte Abramowski vom „Stadtteilarchiv Ottensen“).

DIE LINKE fordert deshalb in Übereinstimmung mit vielen Stadtteilinitiativen:

- Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und Mieterhöhung nach Modernisierung sind durch „Soziale Erhaltungsverordnungen“ zu begrenzen.
- Dem Mietanstieg bei Neuvermietungen ist Einhalt zu gebieten.
- Die Aufwertung von Vierteln in „gute Wohnlagen“ muss unterbunden werden. Sie sorgt für 20prozentige Mieterhöhungen
- Es darf keine Vertreibung von Hartz IV-EmpfängerInnen geben.

Schließlich geht es bei der sozialen Stadtteilentwicklung auch darum, die im Bezirk existierenden Flächen für den Ausbau der Lebensqualität, insbesondere auch zur Verbesserung der Wohnsituation der sozial benachteiligten BürgerInnen durch den sozialen Wohnungsbau zu nutzen.

In diesem Zusammenhang ist es ein Skandal, dass die Deutsche Bahn (durch Veräußerung ihrer Immobiliendochter Aurelis) jetzt u.a. eine 6,5 Hektar große Fläche am Altonaer Bahnhof einem Konsortium aus dem größten deutschen Baukonzern Hochtief und dem Finanzinvestor Redwood Grove International übereignet hat. Sowohl die Firma Hochtief (Baufträge!) wie die mit dem Pirelli-Konzern (bereits Besitzerin von Mercado, Bismarckbad und der Bahnhöfe in Altona und Blankenese) verbandelte Heuschrecke Redwood Grove haben bei dieser Operation allein ihren Profit im Sinn. Sie werden Gewerberäume und Wohnungen aus dem Boden stampfen und dann verkaufen, die sich nur die Besserverdienenden leisten können.

Seit Jahren wird über eine mögliche Bebauung des Geländes rund um den Altonaer Bahnhof spekuliert. Diese Spekulationen stehen auch im Zusammenhang mit der geplanten Verlegung des Altonaer Fernbahnhofs zum S-Bahnhof Diebsteich. Stadtentwicklungssenator Gedaschko (CDU) bemüht sich in ständigen Gesprächen mit der Bahn darum, eine mögliche Bebauung des weitgehend brach liegenden Geländes des alten Frachtbahnhofs zu ermöglichen. Experten sagen voraus, dass dort nach der HafenCity das größte Bauvorhaben Europas entstehen könnte! Dabei geht es um eine Gesamtfläche von rund 60 Hektar. Hochtief hat also bisher nur etwa 10 Prozent der Gesamtfläche erworben. Immer noch gehören große Teile der Gesamtfläche der Bahn. Andere Eigner sind z. B. die Post und die Holstenbrauerei, ebenfalls Unternehmen, die im richtigen Moment „Kasse machen“ werden.

Deshalb muss jetzt ein starker öffentlicher Druck auf die Bahn, auf die Post, auf die Holstenbrauerei und andere Eigentümer ausgeübt werden, damit keine weiteren Flächen an Finanzhaie verkauft werden. Vor allem aber müssen die Geheimpläne der Stadtentwicklungsbehörde auf den Tisch und der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Es darf nicht sein, dass solch ein wichtiges Projekt hinter verschlossenen Türen mit internationalen Baukonzernen verhandelt, aber die Mehrheit der Menschen in unserer Stadt nicht aktiv beteiligt wird.

Deshalb fordern wir:

- ein Mitbestimmungsrecht der Menschen im Bezirk bei der Entwicklung ihrer Stadtteile;
- dass der Senat und die Stadtentwicklungsbehörde ihre Pläne für die Bebauung des Bahngeländes offen legen und zur Diskussion stellen;
- die Klärung der Frage, ob kommunale Grundstücke, die einst der Bahn AG und ihren Vorgängern zur Nutzung überlassen wurden, jetzt aber nicht mehr genutzt werden, an die Kommunen zurückgegeben werden müssen;
- bei der Bebauung der freien Flächen soll der familiengerechte soziale Wohnungsbau den Schwerpunkt bilden.

#### **4. Stopp aller Privatisierungsvorhaben in Altona und Re-Kommunalisierung bereits privatisierter Betriebe unter demokratischer Kontrolle**

Der CDU-Senat betrachtet Hamburg als ein Unternehmen, dessen Geschäftspolitik an der Logik eines privatkapitalistischen Unternehmens auszurichten ist. Dieser Logik folgend hat der Senat den Haushalt zulasten der Mehrheit der Bevölkerung insbesondere der sozial Benachteiligten „saniert“. Zu diesem Zweck wurden auch öffentliche Einrichtungen und Unternehmen privatisiert und städtisches Vermögen verscherbelt. Dafür hat der Senat den Wert von Gebäuden, Strassen, Grünflächen etc. der Stadt taxieren lassen, um auszuloten, was noch wie verkäuflich ist.

Privatisierung bedeutet eine Enteignung der BürgerInnen, eine Einschränkung der Demokratie und der Rechte der Lohnabhängigen sowie eine Aushebelung solidarischer Ausgleichs- und Versorgungssysteme zugunsten privater Gewinne. Privatisierung ist die Einführung profitorientierter Steuerung in Bereiche, die bisher an Kriterien des Gemeinwohls ausgerichtet waren.

Alle Hamburger Landesregierungen haben in den letzten 15 Jahren das öffentliche Eigentum verscherbelt: Von 2002 bis 2006 „erlöste“ der CDU-Senat durch Verkauf ca. 4,2 Milliarden Euro – zuletzt durch den Verkauf von Immobilien im Wert von circa einer Milliarde Euro. Seit 1994 betragen die Privatisierungserlöse laut Hamburger Rechnungshof bis 2005 insgesamt circa 6,6 Milliarden Euro. Im Finanzhaushalt 2007 bis 2010 sind weitere 1,8 Milliarden Euro an „Vermögensmobilisierungen“ vorgesehen.

Die vollmundigen Versprechungen, die mit der Privatisierung öffentlicher Unternehmen gegeben wurden, haben sich stets als illusionär erwiesen. Ob beim Verkauf der HEW oder bei der Veräußerung der städtischen Krankenhäuser, im Endeffekt haben sich die Beschäftigungsbedingungen verschlechtert, sind Umfang und Qualität der bisher öffentlichen Dienstleistungen gesunken und die öffentlichen Finanzen wurden nicht ent- sondern belastet.

Die Folgen der Privatisierungspolitik sind auch in Altona deutlich spürbar.

- Mit dem Verkauf des Landesbetrieb Krankenhaus an Asklepios ist auch das AK Altona privatisiert und der Logik der Kapitalverwertung unterworfen worden. Dadurch haben sich die Gesundheitsversorgung im Bezirk und die Arbeitsbedingungen der nun bei Asklepios Beschäftigten deutlich verschlechtert.
- Gegen den erklärten Bürgerwillen wurde das 95 Jahre alte Jugendstilbauwerk Bismarckbad abgerissen und die Immobilie an das Betreiberkonsortium des Mercados verkauft. Dieses ist inzwischen seinerseits von dem Mailänder Pirelli-Konzern – einen Reifenhersteller, der in den vergangenen Jahren zu einem der größten Immobilienspekulanten Europas aufgestiegen ist – übernommen worden. Damit verlor Altona eines seiner schönsten öffentlichen Gebäude, das außerdem zentral gelegen war.
- Durch den geplanten Umbau des Volksparks in eine Sport- und Freizeitarena werden die für die Naherholung so wichtigen Grünflächen enteignet und privater Verwertung zugänglich gemacht. Weitere Flächen (Elbstrände) sollen privaten Investoren zur Verfügung gestellt werden.

DIE LINKE in Altona plädiert deshalb für eine Re-Kommunalisierung aller privatisierten öffentlichen Unternehmen.

- Die Energieversorgung gehört in öffentlichen Besitz und muss zügig auf ökologische Techniken umgestellt werden. Die Energieversorgung der Bevölkerung und der öffentlichen Gebäude soll so schnell es möglich ist mit regenerativ gewonnener Energie erfolgen.
- LBK und Pflegen & Wohnen müssen zügig wieder in städtischer Regie zurück überführt werden.
- Grün- und Erholungsflächen wie der Volkspark und die Elbstrände müssen weiterhin von allen gebührenfrei nutzbar sein.
- Kulturelle Einrichtungen wie das Altonaer Museum und die Stadtteilarchive müssen besser fi-

nanziell gefördert werden und öffentliche Einrichtungen bleiben.

- Öffentliches Eigentum wie z.B. von Wohnungen darf nicht mehr verkauft werden.
- Die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen muss konsequent bekämpft werden.
- Stadtplanerische Großprojekte (wie z.B. der ehemalige Güterbahnhof und das Sanierungsgebiet in Altona-Altstadt) müssen unter strikter Beachtung sozialer Aspekte gestaltet werden.

## 5. Bildungsgerechtigkeit für alle AltonaerInnen

Bildungseinrichtungen sind ein Orte des Lernens und des sozialen Miteinanders. Alle Kinder und Jugendlichen sollen sich entsprechend ihren Möglichkeiten optimal bilden können und gefördert werden. „Unsere zentrale Leitvorstellung“, heißt es z.B. im Schulprogramm der Max-Brauer-Gesamtschule in Ottensen, „ist das selbstbestimmte, sozial verantwortliche, kompetente Individuum, das sich einerseits eingebettet weiß in soziale Zusammenhänge, die ihm auch Verpflichtung sind (Toleranz, Solidarität, Demokratie etc.), das andererseits über soviel fachliches und methodisches Wissen verfügt, um seinen Weg in einer immer schneller sich verändernden Welt zu finden.“ Die Schulrealität in Hamburg und Altona ist von der Verwirklichung dieses „Leitbildes“ weit entfernt.

Wir wissen, dass das viergliedrige Bildungssystem mit seinen Gymnasien, Realschulen, Hauptschulen und Sonderschulen als Ort der sozialen Selektion funktioniert. Kinder und Jugendlichen aus Elternhäusern mit weniger qualifizierter Arbeit, geringem Einkommen und wenig Bildungskapital sind von Beginn an benachteiligt. Von der Kita über die Schule bis hin zur beruflichen Ausbildung und Hochschule finden wir eine soziale Auslese, eine Sortierung der Lernenden in Gewinner und Verlierer.

Dieser Prozess der sozialen Selektion hat sich in den letzten Jahren deutlich verschärft. Er wurde vom CDU-Senat massiv befördert z.B. durch die Diskriminierung der Gesamtschulen, die Kürzung von Förderstunden, die Erhöhung von Klassenfrequenzen und das Lehrer-Arbeitszeitmodell. Die Diskriminierung der Alleinerziehenden im Kita-Gutschein-System, die Beseitigung der Lernmittelfreiheit, die Kürzung von Zuschüssen zum Schülerfahrgeld etc. haben insbesondere die Lernmöglichkeiten und Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen aus einkommensschwachen und „bildungsfernen“ Familien massiv verschlechtert. Arme und in den Bildungsinstitutionen diskriminierte Kinder, deren Eltern das Mittagessen in der Kita oder die Schultüte bei der Einschulung nicht bezahlen können, gehören immer mehr zum Alltag in der „wachsenden Stadt“.

Der CDU-Senat begründete die Mittelkürzungen in der Sozial- und Bildungspolitik immer mit der Notwendigkeit, den Haushalt sanieren zu müssen, fördert aber gleichzeitig sogenannte Leuchtturmprojekte mit sehr viel Geld, wie den Bau der Elbphilharmonie, der U-Bahn zur Hafen-City und des militaristischen Tamm – Museums. Das damit nur die Interessen der Besserverdienenden und Vermögenden bedient wurden, zeigt sich auch bei der Bildung: Durch die bevorzugte Behandlung von Privatschulen wurde eine massive Eliteförderung betrieben. Heute gehen schon 2.100 oder 7,3% der Altonaer SchülerInnen auf eine private Schule.

In den allgemein bildenden Schulen Altonas lernen gegenwärtig ca. 26.000 SchülerInnen. In ihrer Zusammensetzung spiegelt sich die soziale, kulturelle und nationale Vielfalt des Stadtteils. SchülerInnen aus über 50 Nationen besuchen die verschiedenen Schulen des Bezirks. Insgesamt haben 4.000 SchülerInnen (15,8%) Eltern ohne deutschen Pass.

Der Reichtum, der sich aus dieser sozialen und nationalen Vielfalt und Buntheit in der Zusammensetzung der Kinder und Jugendlichen in den Bildungsinstitutionen eigentlich ergibt, verkehrt sich im Alltag in das glatte Gegenteil. Aus der bunten Vielfalt werden durch die soziale Auslese eingetriggerte Auf- oder Abstiegskarrieren. Zu den VerliererInnen gehören z.B. jene 13,6 % der Altonaer SchülerInnen, die im Jahr 2005 die Schule ohne Abschluss verließen. Davon betroffen waren insbe-

sondere MigrantInnenkinder, von denen 26,9 % keinen Abschluss machen konnten. Der Hintergrund: Ein Viertel der Altonaer SchülerInnen hat Eltern, die von Hartz IV leben. An den Grund-Haupt- und Realschulen musste ein Drittel der Eltern von der Büchergeldzahlung befreit werden, weil sie das Geld einfach nicht das Geld aufbringen konnten.

Kinder aus sozial benachteiligten Familien und insbesondere Migrantinnenkinder sind also besonders betroffen von sozialer Selektion. Sie leben vor allem in den Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit und verfestigter Armut, die zudem über eine miserable soziale Infrastruktur verfügen. Nicht zufällig ist hier auch der Anteil der MigrantInnenkinder in den Schulen besonders hoch (Altona-Altstadt: 41,2%; Altona-Nord: 31,3% Lurup: 19,3% und Osdorf: 17,1%). Viele Schulen in diesen Stadtteilen werden deshalb selbst behördenintern als Orte mit sozialpädagogischem Sonderbedarf eingestuft.

Um diese soziale Diskriminierung zu beenden streben wir, DIE LINKE in Hamburg und Altona, ein einheitliches und demokratisches Bildungssystem in Hamburg an, das sich insbesondere auch an dem Grundsatz orientiert, Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien besonders zu fördern. Es soll von der Vorschule bis zum Oberstufenkolleg einschließlich Berufsschule und Weiterbildung reichen. Bildung soll der umfassenden Entwicklung aller Menschen dienen, die Persönlichkeit hin zur Selbstbestimmung stärken, so dass sie lernen, Verantwortung für sich selbst und die Gesellschaft zu übernehmen. Alle Menschen haben einen Rechtsanspruch auf Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, und alle Menschen, kulturelle und soziale Minderheiten, Behinderte und MigrantInnen werden zusammen beschult und erhalten entsprechende individuelle Förderung.

Dafür setzen wir uns ein

- Schluss mit der Privatisierung von Bildung und Ausbildung;
- Eine Schule für alle in Altona bis zur 10. Klasse. In Lerngruppen, die mit unterschiedlich leistungsstarken SchülerInnen zusammengesetzt ist, kann nicht mehr im Gleichschritt gelernt werden. In solchen Lerngruppen wird auf jede/r Schüler/-in geachtet. Es müssen nicht mehr alle das Gleiche lernen, sondern jede/r SchülerIn lernt das, was erreichbar ist, auch mit Hilfe der MitschülerInnen. Eine solche Schule gewinnt erheblich an Qualität und ist auch dem elitären Gymnasium überlegen, wie internationale Vergleichsstudien immer wieder gezeigt haben.
- eine doppelqualifizierende Schulbildung als Berufsausbildung und Hochschulreife nach dem 10. Schuljahr;
- keine Klasse über 25 Schülerinnen und Schüler und kleine Gruppengrößen;
- keine Klasse über 20 Schülerinnen und Schüler unter Einbezug einer Sonderpädagogikstelle pro Klasse bei Auslaufen der Förderschulen und Sprachheilschulen;
- Lernmittelfreiheit;
- kostenlosen Deutschunterricht für alle, die ihn wollen;
- gleichberechtigte Vernetzung von Jugendhilfe und Schule bei Rücknahme der erheblichen Kürzungen im Ganztagschulbereich;
- Rechtsanspruch auf und Bereitstellung von kostenlosen Krippen- und Kitaplätzen und deren Durchsetzung vor allem in sozial benachteiligten Stadtteilen bei Abschaffung des Kita-Gutschein-Systems.

## 6. Ein soziales und ökologisches Verkehrssystem in Altona

Nach wie vor genießt der Autoverkehr den absoluten Vorrang in der Verkehrspolitik des Senats. Weder die Straßen noch andere Verkehrsmaßnahmen konnten bisher den Individualverkehr fassen oder auf ein erträgliches Maß einschränken. Der maßvolle Rück- und Umbau der Autofahrbahnen zugunsten der Nutzung durch Busse, Bahnen und Räder hat für die Linke Vorrang.

Dafür setzen wir uns ein:

- ***Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs!***

Der Bezirk Altona verfügt bereits über ein gut ausgebautes Nahverkehrsnetz. Gleichwohl sind weitere Verbesserungen erforderlich. Viele Stadtteile des Bezirks Altona sind nicht oder nicht ausreichend durch den schienengebundenen Nahverkehr erschlossen: Deshalb treten wir dafür ein, dass auf der S-Bahn-Strecke zwischen Blankenese und Wedel die betrieblichen Voraussetzungen für eine verkehrliche Bedienung im 10-Minuten-Takt geschaffen werden. Lurup und der Osdorfer Born müssen durch eine neue U-Bahn- oder Stadtbahnstrecke verkehrlich noch besser an Altona und Hamburg angebunden werden.

Dort, wo die Möglichkeit dazu besteht, ist der Linienbusverkehr durch Ausweisung von Busspuren zu beschleunigen: Wir fordern insbesondere, die Busspuren an der Stresemannstraße wiedereinzurichten. Der Senat hat sie gegen den erklärten Willen der Altonaer Bürgerinnen und Bürger abgeschafft.

- ***Förderung des Radverkehrs im Bezirk Altona!***

Das Radwegenetz muss weiter verbessert werden. Vielfach sind in den letzten Jahren Gehwegradwege geschaffen worden, die sich als ungeeignet erwiesen haben, da sie zu schmal sind und teilweise Fußgänger als nächst schwächere Verkehrsteilnehmer gefährden. Die Benutzungspflicht für mangelhafte Gehwegradwege ist aufzuheben. Dort wo es räumlich möglich ist, sind Gehwegradwege durch Radfahrstreifen zu ersetzen, die niveaugleich mit dem Autoverkehr direkt in der Fahrspur auszuweisen sind.

- ***Tempo 30 und sichere Schulwege!***

Tempo 30 macht nur dann Sinn, wenn seine Einhaltung durch bauliche Maßnahmen (z.B. Fahrbahnverengungen oder Aufpflasterungen) sichergestellt wird. Dort wo dies bislang versäumt wurde – z.B. im Hohenzollernring (zw. Friedensallee und Gasstraße) – muss dies schnellstens nachgeholt werden. Im Zusammenwirken mit den Elternvertretungen der Schulen werden wir für sichere Schulwege sorgen.

- ***Neue Fußgängerzone in der Bahrenfelder Straße!***

Die Fußgängerzone in der Ottenser Hauptstraße trägt viel zur Attraktivität Ottensens als lebendigem Stadtteil bei. Daran wollen wir anknüpfen, indem wir die Erweiterung der Fußgängerzone in die Bahrenfelder Straße (zwischen Ottenser Hauptstraße und Alma-Wartenberg-Platz/Einmündung Kleine Rainstraße) hinein fordern. Dabei ist sicherzustellen, dass Lieferverkehr weiter möglich bleibt.

- ***Wiederherstellung der Fußgängerzone in der Großen Bergstraße!***

Die Attraktivität der Großen Bergstraße konnte mit den verkehrsplanerischen Experimenten der letzten Jahre - erst Öffnung für den Individualverkehr, dann Ausweisung als Kommunaltrasse für Linienbus- und Taxiverkehr - nicht wieder zurück gewonnen werden. Die Fußgängerzone ist daher wiederherzustellen.

Der Schlüssel für eine Neubelebung der Großen Bergstraße ist ein neues Nutzungskonzept des Frappant- und Forum-Komplexes. Seine Gewerberäume sind auf Dauer kulturellen und stadtteilbezogenen Wohn- und Arbeitsprojekten zu günstigen Mieten zur Verfügung zu stellen. Wir fordern, dass die Stadt dies sicherstellt, indem sie von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch macht.

## 7. Für ein offenes und demokratisches Altona

Der Stadtstaat Hamburg ist per Verfassung als sog. Einheitsgemeinde definiert. Das bedeutet, er ist Land und Kommune in einem. Die anstelle der Gemeinden in den Flächenländern eingerichteten Bezirke haben kaum eigene Rechte. Fast alle wichtigen Entscheidungen werden in Bürgerschaft und Senat getroffen.

Das gilt für die Verfügungsgewalt über Grund und Boden sowie die darauf befindlichen Gebäude und Einrichtungen (Parks, Schwimmbäder, Museen, Bücherhallen usw.), für die Besoldung öffentlicher Beschäftigter, für das Recht, eigene Haushaltsmittel z.B. über die Gewerbesteuer zu erheben.

Tatsächlich sind die Bezirksversammlungen zumeist nur Verwaltungsausschüsse mit beratender Funktion (insbesondere bei Bebauungsplänen), die nur einen sehr kleinen Haushalt zur Verfügung gestellt bekommen, der hauptsächlich für die Förderung kultureller Angelegenheit sowie für die Pflege der Grünanlagen bemessen ist.

Eigenständige Aktivitäten der Bezirke, die über das Aufstellen von Fahrradhäuschen hinausgehen, sind kaum möglich und können jederzeit vom Senat evoziert, d.h. aufgehoben werden. So geschehen beim Bismarckbad, wo ein Bürgerentscheid mit 80% Zustimmung der Bevölkerung den Beschluss der Bezirksversammlung überstimmte und dann vom Senat einfach außer Kraft gesetzt wurde. Ähnliche Vorfälle hat es auch in anderen Bezirken gegeben. Damit so etwas künftig nicht mehr möglich ist und der Wille der vor Ort betroffenen Bürgerinnen und Bürger stärker berücksichtigt wird, fordern wir,

- dass Volksentscheide (Landesebene) und Bürgerentscheide (Bezirksebene) künftig Gesetzescharakter bekommen und nicht mehr mit einer einfachen Mehrheit der Bürgerschaft bzw. durch einen Senatsbeschluss wieder aufgehoben werden können.
- dass den Bezirken mehr Selbstbestimmungsrechte z.B. in den Bereichen Wohnen, Bildung und Kultur mit eigenen Haushaltsmitteln eingeräumt werden. Diese schließt ein, dass das Evokationsrecht, d.h. die Möglichkeit des Senats, Beschlüsse der Bezirksversammlungen aufzuheben, begrenzt wird und die Zuständigkeit von Bürgerschaft und Bezirksversammlungen neu definiert und voneinander abgegrenzt werden. Zudem sollen die Bezirke stärker an den Haushalts- und politischen Entscheidungen auf Landesebene beteiligt werden, die ihre Belange betreffen. Das betrifft insbesondere auch Maßnahmen der sozialen Stadtteilentwicklung. Unser Ziel ist es, alle politischen Entscheidungsprozesse bis hinunter ins Quartier bzw. den Stadtteil bürgernäher zu organisieren.
- die Durchsetzung gleicher Rechte für alle in unserem Bezirk lebenden Menschen. Verweisend auf die jahrhundertealte Tradition Altonas als weltoffene Stadt für Flüchtlinge aus allen Ländern, als zunftlose Stadt mit Gewerbefreiheit für jeden, als sozialer Stadt mit entsprechenden öffentlichen Einrichtungen auch für Arme und Flüchtlinge, fordern wir das Bleiberecht, die freie Wahl des Aufenthaltsortes und die Ermöglichung eines selbst bestimmten Lebens für Flüchtlinge und MigrantInnen.
- die Einführung des kommunalen, also hier bezirklichen Wahlrechts für alle Menschen, die in Altona leben, und nicht nur für Ausländer mit einem EU-Pass, wie es derzeit geregelt ist.
- Partnerschaften mit von Krieg und Unterdrückung betroffenen Städten und Gemeinden. Dieses Projekt soll richtungsweisend dem Frieden und der Völkerverständigung dienen und ein Zeichen setzen gegen Krieg, Rassismus und Faschismus hier und in aller Welt.

## **Hier ist DIE LINKE Altona**

Die Durchsetzung einer alternativen Stadtentwicklung erfordert ein umfassend verändertes Kräfteverhältnis in dieser Stadt und in unserem Bezirk. Zunächst geht es darum, den neoliberalen Umbau zu stoppen und einen anderen Entwicklungspfad zu öffnen, als Einstieg in eine soziale und solidarische Stadtentwicklung.

Außerparlamentarischer Druck hat für die LINKE Vorrang, denn nur, wenn es auf Straßen und Plätzen, in Büros und Verwaltungen, in Vereinen und Bildungseinrichtungen zu einer Dominanz des Veränderungs- und Reformdrucks kommt, ist eine Änderung der herrschenden Politik möglich.

DIE LINKE Altona strebt eine starke parlamentarische Vertretung im Bezirk, um mit allen demokratischen Kräften gemeinsam die Wende zu einer sozialen, solidarischen Bezirkspolitik durchzusetzen. Wir werden dort über den sozialen Inhalt der schwarzgrünen Mehrheit in der Bezirksversammlung aufklären, deren Hauptanliegen die Förderung der Interessen der Besserverdienenden und Vermögenden in den gut situierten Stadtteilen ist, und uns für eine Eindämmung und Bekämpfung der sozialen Spaltung im Bezirk stark machen.

Viele unserer Forderungen und Ziele sind nur auf Bundes- bzw. Landesebene durchsetzbar. Dafür machen sich unsere Bundestagsfraktion und zukünftige Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft stark. Wir möchten allerdings auch die Selbstbestimmungsrechte der Bezirke stärken. Manches, was bisher auf Landesebene entschieden wird, ist besser im Bezirk und damit bei den unmittelbar betroffenen BürgerInnen aufgehoben. Die Bezirksversammlungen sind insbesondere mit einem eigenen Haushalt auszustatten, der es möglich macht,

- eigene Förderprogramme insbesondere zur Angleichung der Lebensverhältnisse in den Stadtteilen umzusetzen,
- Altona ökologisch weiter zu entwickeln,
- einen eigenen Beitrag Altonas zum Klimaschutz zu gewährleisten,
- demokratische und friedenspolitische Initiativen zu starten.

Solange dies nicht erreicht ist, wird sich Bezirksversammlungsfraktion Die LINKE dafür einsetzen, dass mit dem ganzen politischen Gewicht Altonas Druck auf Senat und Bürgerschaft ausgeübt wird, um die oben genannten Forderungen auf Hamburger Ebene durchzusetzen.

Es gibt Alternativen zur herrschenden Politik des Sozialabbaus. Ein anderes Hamburg und ein anderes Altona sind nötig und möglich.

Mit diesem Wahlprogramm wollen wir Ihnen, den BürgerInnen Altonas, unsere konkreten Politikkonzepte vorstellen. Im Wahlkampf wollen wir mit Ihnen diskutieren. In der Bezirksversammlung wollen wir für ihre Umsetzung streiten.

Informieren Sie sich, sprechen Sie mit uns. Und nicht zuletzt: Geben Sie uns am 24. Februar 2008 Ihre Unterstützung bei der Wahl zu Bürgerschaft und Bezirksversammlung. Damit in Hamburg und Altona erstmals eine linke, antineoliberale Kraft in Bürgerschaft und Bezirksversammlung einzieht – eine Kraft, die ohne Wenn und Aber auf der Seite derjenigen steht, die ausgegrenzt und ausgeschlossen sind.

**Wählen Sie die DIE LINKE in Altona und Hamburg.**